Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 70 (1976)
Heft: 7-8

Artikel: Atomkraftwerke in amerikanischer und sowjetischer Sicht
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142580

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gleichzeitig mit der Entwicklung einer eigenen Basisproduktion müßten auch die Austauschbeziehungen mit anderen, ähnlich strukturierten Entwicklungsländern ausgebaut werden, um räumlich größere Einheiten zu schaffen; eine vollständige Autarkie, wie sie von der Volksrepublik China während der Aufbauphase der sechziger Jahre verwirklicht wurde, läßt sich anderswo wohl kaum durchführen.

Die grundlegende Forderung nach dem Ausbau eines funktionsfähigen Binnenmarktes mit dem Zuschnitt der Produktion auf die Basisbedürfnisse steht langfristig im Widerspruch zu der UNCTAD-Strategie des «Wachstums durch Handel und Kooperation».

Im Rahmen einer Strategie der Loslösung stellt sich das Problem, inwieweit Kriterien erarbeitet werden können, nach denen die Produktion bestimmter Güter und die Aufnahme bestimmter Wirtschaftsbeziehungen als «nützlich» oder «nicht nützlich» (bzw. «notwendig» oder «nicht notwendig») eingestuft werden können. Eine Strategie der Loslösung bedeutet auch die Abkehr von Entwicklungsmodellen, die in den europäischen oder aus Europa verpflanzten Zentren entworfen worden sind. Eine solche «intellectual self-reliance» findet in der UNO schon die Unterstützung einiger unabhängiger Forscher und Politiker.

Beispiele solcher self-reliance finden wir auch in Vietnam, Mozambique, Tansania, wogegeen viele Politiker, die nur vordergründig die Interessen der gesamten Bevölkerung vertreten, sich in einem indirekten Abhängigkeitsverhältnis zu den westlichen Zentren befinden. Ihr Schicksal ist eng mit dem ausländischen Kapital verknüpft, und eine grundsätzliche Veränderung der bestehenden Wirtschaftsbeziehungen gefährdet die privilegierte Stellung dieser Oberschichten in ihren Ländern. Sie ziehen daher Reformen der Neuen Weltwirtschaftsordnung vor.

Berthe Wicke

Atomkraftwerke in amerikanischer und sowjetischer Sicht

In Kalifornien lief dieses Jahr bekanntlich eine Initiative, mit dem Ziel, den Bau von weiteren Atomkraftwerken von verschiedenen Bedingungen abhängig zu machen. Die amerikanische Zeitschrift **«Science»** (4. Juni 1976) berichtet ausführlich darüber. Wir entnehmen dem Artikel die unsere Leser interessierenden Fakten.— Red.

*

Die halbe Million Unterschriften, die gesammelt wurden, um eine Abstimmung zu erzwingen, wie das Engagement bekannter Wissenschafter und Politiker für und gegen diese Initiative, zeigen deutlich, daß besonders seit Vietnam die Bevölkerung nicht länger bereit ist, beruhigende Behauptungen und Gutachten von seiten der Kraftwerk-Unternehmen und behördlichen Aufsichtspersonen unbesehen anzunehmen. Unter den Forderungen, die in der Initiative enthalten waren, figurierte an prominenter Stelle, daß die maximale Entschädigung bei Reaktor-Unfällen nicht auf 560 Mio. Dollar beschränkt werden dürfe, wie dies das kalifornische Gesetz festlegte. Ferner müßte das kalifornische Parlament beider Kammern, und nicht die Kraftwerk-Unternehmen garantieren, daß die Reaktoren des jetzt funktionierenden Typs sicher sind und daß die Abfälle, die sie produzieren, ohne Umweltschäden gelagert werden können. Falls der Plafond für Entschädigungen bei Reaktorunfällen nicht innerhalb eines Jahres vom Abstimmungsdatum (8. Juni 1976) annulliert und die Sicherheitsgarantie wie die Forderung punkto Lagerung von Atomrückständen nicht bis Juni 1979 von beiden Kammern mit einer Zweidrittel-Mehrheit angenommen würden, müßten nach 1981 alle Reaktorbetriebe erst einmal auf 60 Prozent ihrer Kapazität eingestellt werden. Hernach wären die Betriebe Jahr für Jahr um 10 Prozent zu reduzieren, so daß 1986 die gesamte Energieproduktion aus Atomreaktoren sistiert wäre. Der Initiativtext verlangte weiter die Bildung einer unabhängigen Gruppe von technischen Beratern des Parlaments und die periodische Veröffentlichung von Evakuationsplänen für die Bevölkerung in der Nähe von Reaktoren.

Man kann sich vorstellen, daß die Initiative in Kalifornien auf gewaltigen Widerstand stieß. Heute produzieren drei Reaktoren 1380 Megawatts an elektrischer Energie, das heißt nur 4 Prozent der Elektroenergie des Staates. Doch sind vier große Einheiten im Bau und dreißig weitere Atomkraftwerke bis 1995 geplant, so daß sie nach jenem Datum die stärkste Energiequelle des Staates darstellen würden.

Was stark zur Beunruhigung der Bevölkerung beitrug, sind die Erdbebenrisiken, die in Kalifornien außerordentlich groß sind und die die Wahl der Kraftwerk-Standorte sehr einschränken. Schon jetzt mußten die Pläne für drei Einheiten nach Einsprache der Erdbebenwarte preisgegeben werden, zwei weitere Einheiten der Pacific Gas and Electric Company bei San Luis Obispo, die kurz vor der Fertigstellung stehen, müssen weitere Gutachten der Wissenschafter abwarten, bevor sie in Betrieb genommen werden können, da in der Nähe des Reaktors, an der Meeresküste, eine bedeutende Verwerfung (fault) entdeckt wurde. Die Nachfolgerin der Atomic Energy Commission, die Nuclear Regulatory Commission (NRC) wird massive Verstärkung der beiden Einheiten gegen Erdstöße verlangen müssen, wieviel auch diese Aen-

derungen die Projektkosten erhöhen mögen. Diese betragen bereits über eine Milliarde Dollar. Die Probleme, die mit dem San Luis Obispo Kraftwerk verbunden sind, und die antinukleare Propaganda einer Gruppe, «Mothers for Peace» genannt, veranlaßten die Nachbarn des Kraftwerkes, eine öffentliche Aussprache zu verlangen, was von der Kraftwerkbehörde abgelehnt wurde. Infolge davon unterstützten fünfundneunzig Aerzte dieser Gegend die Petition mit dem Resultat, daß fünftausend Personen sich an der Manifestation beteiligten.

Nun war schon vor dem 8. Juni 1976 die Wahrscheinlichkeit einer Annahme der Initiative zweifelhaft gewesen. Zu viele mächtige Gegner, Städte-Verbände, Ligas, Handelskammern, Bauernverband, die meisten Zeitungen von Bedeutung — hatten sich dagegen ausgesprochen. Die Initiative wurde denn auch am 8. Juni mit geringer Mehrheit verworfen. Doch hat es sich inzwischen herausgestellt, daß in Kalifornien, trotz Ablehnung der Initiative, eine starke Strömung besteht für eine unabhängige Neu-Beurteilung nuklearer Technologie durch den Staat. Der Vorsitzende des Ausschusses für Landnutzung und Elektroenergie, Abgeordneter Charles Warren, der sich der Angelegenheit voll und ganz widmet, veranlaßte schon vor dem 8. Juni Hearings (Vernehmlassung) und sammelte über viertausend Seiten von Aussagen zum Problem, die in einer Broschüre veröffentlicht wurden. Was darin zum Ausdruck kam, war die Auffassung, daß der Staat gut daran täte, die Kernkraftwerk-Frage von Grund auf neu in Angriff zu nehmen. In den Worten des Vorsitzenden der Hearings, Abgeordneter Warren: «je mehr man über die Probleme der Nuklearkraft weiß, umso mißtrauischer wird man».

Während die Initiative für eine Pause in der Weiterentwicklung und im Bau von neuen Atomkraftwerken in Kalifornien abgelehnt wurde, laufen ähnliche Volksbegehren in acht anderen amerikanischen Staaten, zum Teil mit der Forderung, daß künftige Reaktoren unterirdisch zu bauen seien. Nukleare Sicherheits-Initiativen kommen unter anderem in den Staaten Oregon und Colorado im November 1976 zur Abstimmung. Sie sind nicht so radikal wie die kalifornische und beziehen sich nur auf künftig zu bauende Werke. Von Interesse mag sein, daß der aussichtsreiche demokratische Kandidat für die Präsidentschaft, Jimmy Carter, in Portland seine Zustimmung zur Oregon-Initiative bekant gab.

Falls unsere Leser fragen, warum wir so ausführlich von den Erörterungen über Atomenergie berichten, wie sie in allen möglichen wissenschaftlichen, politischen oder Umweltschutz-Gremien in USA an der Tagesordnung sind, so ist der Grund folgender: Die öffentliche Auseinandersetzung über dieses Problem, wie sie in USA, wie übrigens auch in Europa erfolgt, steht in auffallendem Gegensatz zu der Hal-

tung, die in der Sowjetunion die Regel zu sein scheint. Der Schreibende erhält seit Jahren die Broschüre «Sowjetunion heute». Da ist zum Beispiel die Nummer vom 16. Juni 1976, mit dem Artikel: «Das Atom auf der Waage des Wissens». Darin wird ein Interview wiedergegeben, das der Vorsitzende des Staats-Komitees der UdSSR für Nutzung der Atomenergie der Moskauer Zeitschrift «Neue Zeit» gewährt. Von den Fragen, die der Interviewer dem Vorsitzenden Andranik Petrosjanz stellt, sollen nur wenige in gekürzter Form erwähnt werden.

«Heute bestehen in der Welt laut UNO-Angaben dreihundertfünfundfünfzig Atomreaktoren verschiedener Art. Gegen Ende des Jahrhunderts wird die Zahl zweitausend übersteigen. Wie erklärt sich ..., daß die Zweckmäßigkeit der Anwendung der friedlichen Atomenergie erneut in Zweifel gezogen wird?

Petropanz: «Einer der Hauptgründe für die etwas voreingenommene Meinung über die Atomenergienutzung ist, daß die Menschen es mit einer Erscheinung zu tun haben, die es früher gar nicht gab ... Daher die inneren Vorbehalte, mitunter auch Feindseligkeit» ... Dann folgt eine Beschreibung des Siegeszuges der Nukleartechnik auf allen Gebieten — Industrie, Hüttenwerke, Medizin. «Am besten und großartigsten hat sich Atomenergie bei der Stromerzeugung bewährt. Es sollen denn auch in kommenden Jahrzehnten viele Kernkraftwerke selbst in den dichtestbesiedelten Gegenden gebaut werden.»

«Neue Zeit»: «Was meinen Sie zur Sicherheit der Atomkraftwerke?

Antwort: «Wenn auch nur die geringste Gefahr für die Bevölkerung bestanden hätte, so hätte man weder in unserem Land noch in den andern sozialistischen Ländern auch nur ein einziges AKW gebaut, wie wirtschaftlich es auch gewesen wäre.»

Item, die Sicherungen sind, nach Petrosjanz, so vollkommen, daß die Koordinations-Kommission der USA für Kernenergie, unter Berücksichtigung aller Angaben die Wahrscheinlichkeit einer Katastrophe pro hundert funktionierende Reaktoren auf ein Mal in einer Million Jahre errechnete. Man vergleiche damit, was die drei Ingenieure aussagten, die im Februar 1976 von Managerposten der General Electric Company zurücktraten (siehe «Neue Wege», April 76).

«Neue Zeit»: Wie ist es mit den nuklearen Abfällen?

Antwort: Es wurden zuverlässige Abdichtungsverfahren entwikkelt — die Abfälle können in leergeförderten Abbauen von Salzbergwerken sicher gelagert werden. Keine Gefahr von den Abfällen — wohl aber vom Einsatz der Atomkraft zu militärischen Zwecken ... doch der Interviewgeber ist optimistisch im Glauben an die fortschrittlichen Kräfte der Menschheit. Die Künder der atomaren Apokalypse spekulieren offenbar auf die ungenügende Informiertheit des Publikums.

Es folgt als Antwort die Schätzung, daß zu Ende des Jahrhunderts 30 Prozent der elektrischen Energie aus AKWs stammen, in einigen rohstoffarmen Ländern sogar bis zu 60 Prozent.

«In Schnellbrütern läßt sich die Kernspaltung auf eine Weise einleiten, daß auch das nichtspaltbare Uran 238 in die Reaktion einbezogen wird. Es unterliegt mehreren Veränderungen und wird in ein neues Nuklid Plutonium umgewandelt. Somit wird mehr Spaltstoff erzeugt als im Reaktor verbraucht wird. Das ist der «goldene Schlüssel», der uns die Tür zum umfassenden ökonomischen Einsatz der Kernenergie öffnet.» So weit der Sowjet-Wissenschafter.

Wer im Westen die Auseinandersetzungen über Probleme der Nukleartechnik verfolgt hat, dies ganz besonders in amerikanischen Fachzeitschriften wie «Bulletin of the Atomic Scientists», greift sich an den Kopf. Gibt es in der Sowjetunion keine Wissenschafter, die Bedenken äußern, was die Entwicklung der Nukleartechnik angeht? Muß man annehmen, daß es sie gibt, aber daß jede Erörterung von Problemen, die irgendwie in die Politik hineinragen, unterdrückt wird? Sacharow, einst gefeierter Atomwissenschafter, und an den großen Erfolgen der sowjetischen Nukleartechnik hervorragend beteiligt, verlangte in epochemachenden Veröffentlichungen einen freien Austausch von Ideen zwischen allen Völkern. Die Sowjetregierung reagierte darauf mit der vollkommenen Kaltstellung Sacharows, der heute an der russischen Nuklearforschung nicht den geringsten Anteil mehr haben darf. Er hat sich unseres Wissens nicht speziell über die Gefahren der nuklearen Entwicklung geäußert, ebensowenig wie die andern Dissidenten, wohl aber über die geistige Freiheit des Sowjetbürgers ein vernichtendes Urteil publiziert.

In den USA, wo die Atomic Energy Commission (AEC) einstmals mit den Milliarden-Unternehmen der Kernkraftwerk-Gesellschaften eng verflochten war, indem sie sie förderte, Betriebsvorschriften für sie aufstellte und auch die Lizenzierung neuer Reaktoren beeinflußte, war die Geheimhaltung der Gewinne der Kraftwerk-Unternehmungen, wie auch deren Betriebspannen, die Regel. Wenn etwas Nachteiliges über diese Anlagen auskam, war es der Findigkeit zäher Journalisten oder dem Verantwortungsgefühl gewissenhafter Forscher zu verdanken. Nun sind aber die Probleme der Nukleartechnik dieselben in USA wie in der Sowjetunion. Man kann daher nur annehmen, daß wenn Bedenken gegen die Nuklearkraftwerke in der Sowjetunion geäußert werden, der hierarchische Aufbau von Wirtschaft wie von Wissenschaft und Beamtenapparat, solche Mitteilungen einer scharfen Kontrolle unterstellen und Meldungen, die Zweifel an der Richtigkeit offizieller Maßnahmen auf diesem Gebiet erwecken müssen, nicht an die Oeffentlichkeit gelangen lassen. Red.